

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk. monatlich 2,50 Mk. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die ... halbe Nonpareilzeile ...

Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Sonnabend, den 26. April 1919. Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Konflikt zwischen Ungarn und Deutschösterreich.

Kapitalflucht und Gegenrevolution.

Wien, 25. April. (Corr.-Bureau.) Staatssekretär Dr. Bauer hat in Budapest eine Rede überreichten lassen, in der die deutschösterreichische Regierung die Erklärung der ungarischen Regierung zur Kenntnis nimmt, daß sie ihre Tatsachenmaterial darüber mitteilen werde, daß die deutschösterreichische Gefandtschaft in Budapest den Schmuggel von Wertgegenständen aus Ungarn ins Ausland unterstützt und gegenrevolutionäre Bewegungen in Ungarn gefördert habe; solange aber diese Mittel nicht erfolgt sei, weist die deutschösterreichische Regierung die gegen ihre Verleumdung gerichteten Behauptungen als unbegründet und unbewiesen zurück. Die deutschösterreichische Regierung ersehe mit größtem Staunen, daß die ungarische Regierung in ihrer Verleumdung vom 24. April abersmals behauptet, die deutschösterreichische Regierung fördere die ungarische Konterrevolutionäre Bewegung außerhalb Ungarns, ohne jedoch Tatsachen dafür anzuführen, und weist darauf hin, daß die deutschösterreichische Regierung aus eigenem Antrieb erklärt habe, keine gegenrevolutionären Antriebe gegen das heutige ungarische Regierungssystem auf ihrem Boden dulden zu wollen und gerade in der letzten Woche deren verdächtige ungarische Staatsbürger aus Wien entfernt habe.

Die trotzdem erhobenen Beschuldigungen der ungarischen Regierung könne die deutschösterreichische Regierung sich nur aus dem Bedürfnis der ungarischen Regierung erklären, durch solche grundlosen Beschuldigungen die Antriebe zu fördern, deren sie sich selbst unter Auswand beabsichtigt. Die deutschösterreichische Regierung wüßte auch jetzt noch freundschaftliche Beziehungen zu Ungarn. Da Erörterungen, wie die gegenwärtigen, solche Beziehungen gefährden, lehne die deutschösterreichische Regierung ab, sie fortzusetzen, und schlage vor, die Streitfragen zwischen der ungarischen und der deutschösterreichischen Regierung einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das sich aus je zwei von beiden Regierungen zu ernennenden Schiedsrichtern und einem von ihnen gewählten Neutralen als Vermittler zusammensetzen solle. Die deutschösterreichische Regierung erkläre sich im voraus bereit, sich dem Urteil dieses Schiedsgerichtes zu unterwerfen, falls die Beschuldigungen von ihm als begründet anerkannt würden, der ungarischen Regierung wolle Genugtuung zu geben und alle Schuldigen zu bestrafen.

Uebertritt tschechischer Bataillone zur Roten Armee.

Aus Budapest wird dem Holländisch-Niederländischen Bureau vom 25. April gemeldet: An der Demarkationslinie bei Nagovar sind zwei Bataillone tschechischer Militärs auf das Gebiet der ungarischen Regierung mit dem Entschluß übergetreten, gegen die rote Armee des Proletariats nicht zu kämpfen, sondern gemäß den Wünschen der Slowakei und des Tschechenlandes wie auch im Interesse der Proletariate der ganzen Welt mit den ungarischen Proletariaten zusammen in den Kampf zu gehen. Ebenso äußert sich die revolutionäre Bewegung und die Unabhängigkeit des tschechischen Militärs im Innern der Slowakei. Die Abteilungen des in Lozonne stationierten tschechischen Maschinengewehrregiments haben gemeinlich den Gehorsam verweigert und ihr Munitionsmagazin in die Luft gesprengt. In Ersekujvar, wo starke Reserven standen, die die große Hoffnung der tschechischen imperialistischen Republik waren und die man an die wichtigsten Punkte der Demarkationslinie führen wollte, wurde der Befehl gefaßt, abzurücken. Jeder mehr als dreißigjährige Mann lehrte in sein Vaterland zurück, die übrigen blieben zur Aufrechterhaltung der Ordnung zurück. Die Budapesttschechische und slowakische sozialistische Aktion, von diesen Vorgängen in Kenntnis gesetzt, sandte den Kämpfern, die sich auf die Seite der ungarischen sozialistischen Republik gestellt haben, ihren Gruß.

Unruhen in Wien.

Wien, 25. April. (Meldung des Holländisch-Niederländischen Bureau.) Nach der letzten Veranlassung der Invaliden und Heimkehrer vor dem Rathaus versuchte eine größere Menschenmenge, die aber vielfach vom Mob aus den Vorstädten durchsetzt war, durch die innere Stadt gegen die Leopoldstadt vorzugehen. In der inneren Stadt wurden in mehreren großen Kaffeehäusern die Spiegel zertrümmert. Bei den Uebergängen über die Donau wurde aber die Menge von der Volkswacht, die Brücken gesperrt, aufgehalten. Es kam hierbei zu Zusammenstößen zwischen den Soldaten und der Menge, wobei die Soldaten mit den Pistolen eine Anzahl Personen verletzten. Schließlich gelang es der Volkswacht, die Menge an der Ueberquerung der Donau zu verhindern. Die Brücke über Pogrom, die in der Leopoldstadt stattgefunden haben sollten, und die sich in den Abendstunden in der Stadt verbreitet hatten, erweisen sich als unwirksam.

Wendung in der italienischen Krise?

Rückkehr Orlando nach Paris erwartet.

Amsterdam, 26. April. Dem „Telegraaf“ wird aus Paris gemeldet, daß in dortigen gut unterrichteten Kreisen die Ansicht herrscht, daß der Konflikt mit Italien eine Wendung nehmen wird, die eine Regelung im guten ermöglicht. Man erwartet, daß sich das italienische Parlament zu Konzessionen bereit zeigen und Orlando ermächtigen wird, nach Paris zurückzukehren. Es wird angenommen, daß Orlando bei der Ankunft der Deutschen wieder in Paris zurück sein wird.

Orlando Dank an Frankreich.

Paris, 25. April. (Corr.) „Leit Parisien“ hat von Orlando eine Mitteilung erhalten, in der er dem französischen Volke, der französischen Regierung und dem Ministerpräsidenten Clemenceau seinen aufrichtigen Dank für ihre Gastfreundschaft sagt. Die Zeitung glaubt, daß ein Vergleich zustande kommen werde.

Abreise weiterer italienischer Delegierter.

Paris, 25. April. (Reuter.) Die zurückgebliebenen Mitglieder der italienischen Delegation Sonnino und Salandra werden morgen abreisen. Salvatori ist bereits abgereist.

Die kriegerische Aktion Italiens.

La Genf, 26. April 1919. In Pariser politischen Kreisen sind Informationen eingetroffen, nach denen eine kriegerische Aktion Italiens gegen die Südslawen mit Bestimmtheit zu erwarten ist. Die sozialistische Presse will wissen, daß bereits am Donnerstagabend in Regierungskreisen über die Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes an der Adria geredet wurde. In der „Humanité“ richtet der frühere sozialistische Minister Marcel Sembat heftige Angriffe gegen die französische Regierung. Er wirft ihr Mangel an politischer Voraussicht vor, da sie nichts getan habe, um den Ausbruch des Konfliktes zu verhindern.

Von der internationalen Konferenz in Amsterdam.

Amsterdam, 25. April. (Eigener Drohverricht des „Noot.“) Zu der internationalen Konferenz sind bis jetzt folgende Delegierte eingetroffen: für Argentinien de Tomasi und Puzo, für Dänemark Borgbjerg, für Rußland Dimitrij Gouzonoff, für England Ramsay MacDonald und für Irland Shannon. Heute abend erwartet man die deutschen und französischen Teilnehmer.

Das Eintreffen der deutschen Friedensdelegation in Versailles.

22. Berlin, 25. April. Wie die Telegraphen-Kompagnie von gut unterrichteter Seite erfährt, ist damit zu rechnen, daß die deutsche Friedensdelegation bis spätestens Mittwoch nachmittag in Versailles versammelt sein wird. Man rechnet daher damit, daß die Verhandlungen der Friedensbedingungen von Seiten der Alliierten am Donnerstagabend erfolgen wird.

Die Fahrt der deutschen Friedensdelegation nach Versailles wird in drei Zügen erfolgen, von denen der erste heute nachmittag abfährt. Er nimmt einen Stab von Beamten mit, der die ersten Vorbereitungen an Ort und Stelle zu treffen hat. Die beiden anderen Züge, die die eigentliche Delegation sowie die Pressevertretung mitnehmen, gehen Montag 3.15 und 3.32 Uhr nachmittags von Berlin ab und treffen am Abend des 26. in Versailles ein. Unter den Pressevertretern befindet sich der Chefredakteur des „Vorwärts“, Gen. Friedrich Stampfer.

Erfüllung der Kriegesbeschädigtenforderungen.

Einigung zwischen Regierung und Verbänden.

Eine Besprechung zwischen der Regierung und den großen Verbänden der Kriegesbeschädigten hat am 25. d. M. unter Vorsitz des Präsidenten des Reichsministeriums stattgefunden. Die Regierung war in der Lage, darzutun, daß die von den Kriegesbeschädigten geforderten tatsächlichen Maßnahmen zum erheblichen Teil schon in Arbeit sind oder unverzüglich in Angriff genommen werden sollen. Die Kriegesbeschädigten werden durch ihre Verbände in umfassender Weise zur Mitarbeit herangezogen werden. Auch hinsichtlich einer sofortigen Hilfe konnte die Regierung auf Grund der seit längerem geschlossenen Vorarbeiten Posaunen machen, die dem Kern der Forderungen gerecht werden. Es wurde ein weitgehendes Einvernehmen in der Besprechung erzielt. Eine ausführliche Antwort wird auf Grund der Besprechung ausgearbeitet und den Verbänden am Sonntagvormittag übermittelt werden.

Wie verhandelt werden müßte!

Wenn in Versailles statt der kapitalistischen Bourgeoisien das Arbeitsvolk der Welt zusammenkäme, wie müßte es dann sein?

Dann müßte zuerst über den internationalen Arbeiterschutzhilf verhandelt werden. Der Achtstundentag in Deutschland ist nämlich z. B. für die Arbeiterschaft Frankreichs wichtiger als eine sogenaht hohe Kriegsschädigung. Wird in Deutschland nur acht Stunden gearbeitet, so folgt daraus so sicher wie das Amen in der Kirche, daß in Frankreich, England usw. auch nur acht Stunden gearbeitet werden kann. Müßten die deutschen Arbeiter elf Stunden arbeiten, so wird keine Kriegsschädigung der Welt die englischen und französischen Arbeiter vor der Notwendigkeit schützen, wenigstens zehn Stunden arbeiten zu müssen.

Die erste Bedingung also, die die Sieger dem Besiegten aufzuerlegen hätten und die dieser willig annehmen müßte, wäre die: Du darfst die arbeitenden Menschen deines Landes nicht ausbeuten, du mußt ihnen anständige Lebensverhältnisse gewähren, du darfst keine geistige Kultur nicht vernachlässigen, auch der auch wir Anteil geben. Was dir dann bleibt, das magst du nach Zug und Recht dazu verwenden, deinen Arbeitsbrüdern jenseits der Grenzen zu helfen, die — nicht ohne deine Schuld — in Not geraten sind.

Das wäre die logisch richtige Reihenfolge. Erst Arbeiterschutzhilf, dann Kriegsschädigung. Welchen Grund, welches Recht hätten wir, uns gegen eine Entschädigung zu wehren, die nicht aus den Knochen der deutschen Arbeiter gepreßt wird, und die den französischen und belgischen Arbeitern, nicht den Kapitalisten zugute kommt? Und wie könnten Arbeitervertreter auf der anderen Seite daran denken, uns Lasten aufzuerlegen, die das ihnen wie uns gleich notwendige System des internationalen Arbeiterschutzes zusammenbrechen ließen? Hat man sich über den internationalen Arbeiterschutzhilf geeinigt, so wird die Verständigung über alle Finanzfragen leicht.

Das zweite, woran dann sofort heranzugehen wäre, das ist der Plan des Völkerbundes. Gelingt es, den Frieden so zu sichern, daß er nach menschlichem Ermessen nicht mehr gestört werden kann, so bedeutet das wiederum mehr als alle Kriegsschädigungen. Wenn Frankreich, sagen wir, hundert Milliarden von Deutschland bekommen soll, zum Zweck ihrer Entreibung aber ein Heer erhalten muß, das die Zinsen dieser Summe verlichlingt, dann verliert Deutschland, ohne daß Frankreich etwas gewinnt. Der sichere Frieden für alle, das ist die sicherste Kriegsschädigung für alle: ewige Kriegesgefahr bedeutet für alle einen wirtschaftlichen Verlust, den keine Entschädigung wettmachen kann.

Der selbe logische Zusammenhang wie zwischen Arbeiterschutzhilf und Kriegsschädigung besteht zwischen Völkerbund und territorialen Fragen. Die Kriegsschädigung verliert ihre Schärfe, wenn die menschliche Existenz aller Arbeitenden garantiert ist. Territoriale Fragen lösen sich leicht und einfach, wenn niemand mehr auf militärische Sicherungen zu spekulieren hat, niemand Einschränkung in unübersteigbare Wirtschaftsmauern fürchten muß. Die Ablösung kleiner Volksteile vom Ganzen löst sich viel leichter ertragen, wenn ihnen der Schutz der nationalen Minderheiten zugesichert ist, als wenn sie einem ungewissen Schicksal unter der harten Faust eines Eroberers entgegengeben.

Steht der Völkerbund auf festem Grund, ist der dauernde Frieden gesichert, dann kann der Fordernde viel leichter seine Wünsche mäßigen, der Bitternde viel leichter seine Bedenken fallen lassen. Ziele, die unerlässlich schienen, scheinen kaum noch erstrebenswert. Opfer, die als unerträglich galten, sind ab einmal viel leichter zu tragen. Es besteht kein Hindernis mehr, politische Machtgebiete nach freiem Selbstbestimmungsrecht zu ordnen und jede Absicht der Vergewaltigung auszuschließen.

Alle finanziellen und territorialen Fragen liegen sich leicht regeln, wenn die Fragen des internationalen Arbeiterschutzes und des Völkerbundes vorweg erledigt würden. Und das wäre auch die richtige Reihenfolge. Denn Arbeiterschutzhilf und Völkerbund, das sind die großen Menschenheitsfragen, und ihnen gegenüber ist es verhältnismäßig gleichgültig, wie nach dem Kriege Geldsummen hin- und hergetrieben werden, und in welchen Farben die Fahne von einem Rathaus weht. . .

Aber dies alles ist Utopie, wir wissen es nur zu genau. Man hat uns nicht nach Versailles geladen, um ein Fest der Götter zu feiern, und auch der Geist des ersten Mai wird sich trotz weltlicher und dristlicher Nähe, im Trianon nicht bemerkbar machen. Da wir haben nicht einmal ein Recht stolz darauf zu sein, daß wir heute so vernünftig sind, denn als Deutschland dort zu sein schien, wo die Entente heute ist, haben

Die Mächtigen unseres Landes nicht so klar, und der Protest der Sozialdemokratie blieb die Stimme des Predigers in der Wüste. Den die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit, aber wenn sie ins Elend gestürzt haben, den machen sie wieder sehend. Die Einsicht, über die wir heute verfügen, ist nicht unser Verdienst, sondern unser Schicksal. Dennoch, lebend gemorden müssen wir den Verblendeten drüben so laut wie wir können rufen daß sie am Abgrund wandeln, und müssen so deutlich wie möglich den Weg der Rettung für alle zeigen. Darum war es nicht ganz grundlos, zu sagen, wie verhandelt werden mußte. Obwohl wir uns keiner Illusion darüber hingeben, daß ganz anders verhandelt werden wird! Die Vernunft ist auf dem Marsche, sie ist freilich noch nicht am Ziel!

Alberne Anwürfe.

Die sozialistischen Verwaltungsbeamten.

Die Tatsache, daß die Abiegung reaktionärer leitender Verwaltungsbeamten und ihre Ersetzung durch Sozialisten und Demokraten unaufhaltsam ihren Fortschritt nimmt, veranlaßt die reaktionäre Presse zu immer neuen Wutausbrüchen. Die Art, wie sie sich hierbei benimmt, ist bisweilen mehr als fündlich. Die „Kreuzzeitung“ redet fortwährend von der „Partei-Futterkrippe“, als ob nicht jedermann wüßte, daß gerade unter dem alten System der preussische Verwaltungsapparat nichts anderes gewesen ist als die Futterkrippe für die konservativen Partei und die jüngeren Söhne des Adels. Gerade jetzt hört erst der Verwaltungsapparat auf, die Futterkrippe einer bestimmten Richtung zu sein. Die „Tägliche Rundschau“ sucht in albernem und geschäftiger Weise die persönlichen Qualitäten der neuen Männer herabzumildern. So schreibt sie beispielsweise über den nun Regierungspräsidenten von Frankfurt a. O. ernannten Genossen Variels:

Herr Variels hat seinen Befähigungsnachweis für diesen verantwortungsvollen Posten bisher dadurch erbracht, daß er ein Freund und Stammgastgenosse des Herrn Hirsch ist, bis zum Jahre 1917, wo er dann eingezogen wurde, als Schriftleiter der „Märkischen Volksstimme“ in Cottbus beschäftigt auf dem Wochenmarkt in Cottbus umhergestiegen ist und sich nach den Preisen von Eiern und Gemüse erkundigt hat, um dann fulminante Stimmungs- und Anklageberichte darüber zu schreiben.

Wenn man auf dieses Niveau herabsteigt, so kann man auch sagen, daß gewisse Redakteure der „Täglichen Rundschau“ ihren journalistischen Befähigungsnachweis dadurch erbracht haben, daß sie bereits zum Frühstück eine Anzahl Schnäpse getrunken. Natürlich kann die neue Regierung keine eingearbeiteten Verwaltungsbeamten stellen, weil eben früher jeder, der nicht Konterwalt, Korpsstudent und Reserveseutnant war, von der Verwaltungslaufbahn ausgeschlossen wurde. Die Arbeiterbewegung hat aber durch Entlohnung ihrer Gewerkschaften, Genossenschaften usw. gezeigt, daß sie eine große Anzahl Verwaltungsbeamten aus sich heraus hervorzubringen imstande ist. Die Tatsache, daß das alte System jeden anders als konservativ gesinnten Nachwuchs von der Verwaltungslaufbahn ausgeschlossen hat, wird jedenfalls die Regierung nicht hindern, der Reaktion in der inneren Verwaltung ein Ende zu machen.

Der freiwillige Staatsanwalt.

Die „Freiheit“ als Organ der S. V. D.?

Die „Freiheit“ ist wieder einmal sehr unzufrieden mit uns. Sie beschuldigt den „Vorwärts“, zu ihrer Anklage zu schweigen, die darin geht, daß der „Vorwärts“ den jüngsten Versuch des Bezugszuges der S. V. D. betreffend den Interzentralkonferenzbescheid kritisiert. Und ist allerdings unklar, daß der Bezugszug der S. V. D. die „Freiheit“ mit der Überwachung seiner Beschlüsse betraut hätte. Wenn unsere Berliner Parteigenossen Beschwerden über den „Vorwärts“ haben, so halten wir sie für Mannes genug, diese selber vorzubringen und werden ihnen in jeder Weise Rede und Antwort stehen. Die Art, wie die „Freiheit“ sich

in innere Parteilangelegenheit der S. V. D. einzumengen sucht, muß zum mindesten als unangehörig bezeichnet werden, wenn auch der Zweck des Eindringens leicht ersichtlich ist.

Nachdem die Parteileute die Partei gesprengt und bisher im Gegensatz zu uns eine Niederbereinigung auf das schärfste abgelehnt haben, muß es selbst anmuten, wenn sie jetzt ein Parteimandat beanspruchen und die Durchführung der Parteischlüsse kontrollieren wollen. Sobald die Mitglieder der U. S. V. D. es für angezeigt halten, die Einigkeit der Arbeiterbewegung wieder herzustellen, werden wir uns auch mit ihnen sehr gern darüber auseinandersetzen, ob und wie der „Vorwärts“ Beschlüsse der Parteiorganisation einhält. Bei der jetzigen Lage haben wir dazu nicht den mindesten Anlaß, zumal die „Freiheit“ in ihrer Anklage den Tatbestand, wie man es bei ihr gewohnt ist, in der schärfsten Weise verdrischt und fälscht.

Kommerzienratsbutterpolitik.

Die teure Auslandsbutter.

Im Handelsstil der „Deutschen Zeitung“ löst irgendein verärgertes Kommerzienrat seinen Vektor über die Butterpolitik der Regierung aus. Schon Lage hat es den guten Mann mit Nummer erfüllt, daß er für seine Schleichhandelsbutter 30 M. pro Pfund zahlen muß. Jetzt liest er in der Zeitung, daß die Regierung die Einfuhr holländischer und dänischer Butter absieht, weil unsere lieben Kaufmann einen Preis hierfür fordern, einen Inselpreis von 15-18 M. pro Pfund ergeben würde. Empört schlägt der Herr Kommerzienrat der Deutschen Zeitung mit der Faust auf den Tisch. Wie, die Regierung könnte ihm Butter für die Hälfte des gewohnten Schleichhandelspreises beschaffen, und sie lehnt es ab. Und das will nun eine sozialistische Regierung sein, die so völlig die soziale Kollege der Kommerzienräte übersteht!

Natürlich will uns der pfiffige Herr Kommerzienrat einreden, daß seine Butterpolitik auch im Interesse der Arbeiter liegt. Er meint nämlich, wenn die Regierung die Einfuhr dieser Auslandsbutter zulassen würde, dann würde sofort der Schleichhandelspreis aus der Inselbutter auf 15 M. sinken. Das ist ein absoluter Trugschluß. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder — das ist das gegenteilige — die Auslandsbutter wird rationiert. Dann können die Nationen um einige Gramm erhöht werden, dafür aber würde der Preis der rationierten Butter, der jetzt schon auf sieben Mark pro Pfund steht, noch teurer werden oder aber der Staat müßte auch hier bedeutende Zuschüsse zahlen, wozu er bei der jetzigen Finanzlage nicht imstande ist. Jedenfalls würde die Erhöhung der Butterrationen so gering bleiben, daß irgend ein Abkauen der Schleichhandelspreise gar nicht in Frage käme.

Aber der Herr Kommerzienrat der „Deutschen Zeitung“ will natürlich die Auslandsbutter für den freien Handel, damit er sich vor der Masse der „Proleten“ sein genügendes Quantum reservieren kann. Damit würde aber wieder das Weilaufen um die Butter, das Lieferieren und damit automatisch das Steigen der Preise eintreten. Nicht die Auslandsbutter würde die Inselbutter auf ihr Preisniveau herabschießen, sondern gerade umgekehrt, die Auslandsbutter würde auf den 30-Markpreis der Inselbutter hinaufschleppen. Der ganze Erfolg wäre nur, daß ein paar Zwischenhändler und Schieber schmunzelnd die Differenzen zwischen Einfuhr- und Vorlaufpreis in ihre Tasche stecken ließen. Anders könnte es nur sein, wenn es sich um so große Quantitäten Auslandsbutter handelte, daß sie eine ganz erhebliche Vermehrung des Angebots darstellen würden. Dazu sind jedoch die Quantitäten, die wir einführen können, viel zu gering.

Wenn daher der Kommerzienrat der „Deutschen Zeitung“ den wütenden Ruf ausstößt: „Nieder mit der Hungerplöde der Regierung“, so ist das von seinem kommerzienrätlichen Standpunkt aus zu verstehen. Der breiten Masse des Volkes ist mit der Einfuhr nicht gedient. Wenn wir uns willenlos vom Ausland die Preise diktieren lassen, so zeigt das die ausländische Spekulation nur zu immer neuen Preistreibern. Die einzige Besserungsmöglichkeit für uns besteht darin, daß wir durch vermehrte Ausfuhr den Stand unseres Marktes heben und damit die Einfuhrpreise senken.

Streben der arbeitenden Jugend kommt in einer Reihe programmatisch zusammengefaßter Artikel zum Ausdruck. Jürgen Brand eröffnet den Reigen mit einem Beitrag: Jugend und Volk. Karl Rom schreibt über Handgranaten oder Bildung? E. Solmann über: Jugendfreunde und Jugendkraft, T. Lohmann über Die „antichristliche“ Jugend und der Sozialismus, Maxa Bohm-Schuch über: Der Mädchen Valentag, Walter Rüdiger über Jugendstolz und Jugendstolzforderungen, Richard Weimann über: Die Jugendinternational der Zukunft. Inmitten dieses Aufzuges stehen die Sätze:

„In neuer Form, geläutert durch schmerzliche Erfahrungen, wird die Jugendinternational aufsteigen. Sie wird über das Trennende hinausblicken und unter gemeinsames Wollen, das große herrliche Ziel aller Proleten: das Menschheitsideal des Sozialismus verfolgen. Denn alle Differenzen unter uns, alle Meinungsverschiedenheiten, die in einer Weltbewegung wie der unseren unüberwindlich sind, so wichtig sie uns auch erscheinen mögen, sind klein und nichtig, gemessen an der Größe des Ziels, das sich die arbeitende Menschheit gestellt hat. In der International sehen wir mehr als die bloße Gemeinschaft der Proleten aller Länder; sie ist das letzte und höchste Ideal unseres Strebens und hat für uns symbolische Bedeutung: sie führt uns vor unsern Blicken auf als das gewaltige sozialistische Weltgebäude der Zukunft.“

Die Zeitschrift enthält Gebiete von Franz Dielerich, Jürgen Brand, Alfons Bepold u. a. Einige gut gemählte Illustrationen vervollständigen den reichen Inhalt der Schrift, die allen Jugendlichen eine willkommene Nagelbrett sein wird. Die Schrift ist umso wertvoller, je mehr sie wertvoll, weil ihr Inhalt eine zusammenfassende Darstellung der Ziele und Forderungen der Arbeiterjugend gibt, die in knapper, lebendiger Form gehalten ist. Auf diesem Gebiete fehlt uns bisher — sehr zum Schaden für die Sache — jegliche Literatur. Die Schrift ist daher auch für Erwachsene, besonders für alle Parteigenossen, die sich in der Jugendbewegung betätigen wollen, sehr zu empfehlen. Sie kostet 20 Pfennig und kann durch die Geschäftsstelle des Vereins Arbeiterjugend Groß-Berlin, Bellevuestr. 7, bezogen werden. Auch auf allen Jugendveranstaltungen sowie in der Vorwärtsbuchhandlung, Lindenstr. 2, ist sie zu erhalten.

Opernhaus: „Don Juan“.

Das Opernhaus unter den Linden lud zu einer seit Jahren begehrten Reueinstudierung von Mozarts „Don Juan“, und jedermann erwartete sich ein Fest. Strauß war, um dem Wunsch neuer Bearbeitungen und Inszenierungen zu entsagen, auf die erste Fassung zurückgekommen, die ja in Prag durch Mozarts Anteilnahme Wärme und originale Prägung erhalten hat; die nachsponenierten Arien, das Duett „per questo tue manine“ und das Finaleserzett des zweiten Aktes sind in der neuem Fassung überarbeitet und geschmackvoller als die alten. Die Inszenierung im Hinblick an Grandjean u. Lebi, so in der Register-Arie, in der sich nun Don und Ines! bedeuten, im Erdbeben in der sogenannten Chomagnac-Arie, während in der Kurobe an den Komitz und im 1. Finale des 2. Aktes die alte

Die Lage im Reich.

Im Ruhrrevier geht der Streik weiter zurück. In der gestrigen Mittagspause fehlten 30 335 Bergleute gegen 51 737 am Vortage. Der Rückgang der Streikziffer beträgt also 21 000.

Eine nach Hordel aberaunte Konferenz der Arbeiter-ausschüsse des gesamten Ruhrbergbaues, die sich mit den wirtschaftlichen Fragen der Bergarbeiter befaßt, ist auf den 2. Mai verschoben worden, um die nötige Wieder-aufnahme der Arbeit im Ruhrrevier abzumachen.

Das Schlichtungsgericht zur Schlichtung des Konflikts zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in Oberschlesien hat seine Tätigkeit fort. U. a. wurde über die Abiegung von 12 Beamten der Karsten-Zentrum-Gruppe verhandelt mit dem Ergebnis, daß die Abiegung des Direktors Sinne für unberechtigt erklärt, diejenige eines Oberleiters für angebracht angesehen wurde. Die in das Verfahren bestimmten Beamten sollen vorläufig überhaupt nicht aber nur unter bestimmten Voraussetzungen auf der Grube beschäftigt werden.

In Hamburg-Altona und Cuxhaven konnten wegen Koffenmangels 35 Fischdampfer nicht ausfahren.

In der Stadt Hamburg dankt der Geldzug gegen die Plünderer an. Letzte Nacht wurde die Neustadt durch Drahtverhaue und eine Postenfeste von 1500 Mann abgesperrt. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen und viele Waffen, Munition und gestohlene Sachen beschlagnahmt.

In Bremen ist der Abwehrstreik beendet. Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sollen heute die Betrieb wieder aufnehmen, auch die Geschäfte werden wieder eröffnet. Der Streik-abwehrschuß hat, nachdem der Grund des Abwehrstreiks fortgefallen ist, die Bürger zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert.

Die Freiwilligenheute.

Offenbar auf Kommando von einer Stelle, die eine viel größere Kommandogewalt ausübt als die ist, die sie bekämpft, wird jetzt überall beschloffen, ehemalige Angehörige der Freiwilligen-truppen nicht mehr als Mitarbeiter zu dulden, sie zu meiden wie die Pest, um mit den brüderlichen Worten des Offiziers „General-gedensrats“ und seiner Konferenz zu sprechen.

Wäre es allenfalls noch zu begreifen, wenn die letzten Vorgänge und ihre heftigen Ausschläge, überhitzten Köpfen solche Beschlüsse eingäben, so ist das von überlegenen Leuten, Vertrauenspersonen, Rednern und — Einbläsern zu fordern, daß sie dies dabei nicht vergessen: Einmal, daß die Freiwilligen zuerst ausschließlich zum Grenzschutz deutschen Landes gegen fremde nationale Vergewaltigung, also zur Verteidigung des Wilsonschen Programms gegründet wurden. Diese Zweckbestimmung hat neben den materiellen Vorteilen und der gesicherten Ernährung zahlreicher Arbeitslose veranlaßt, sich anzuschließen. Sollen die nun mit lebenslänglicher Arbeitslosigkeit bestraft werden von Leuten, die die allgemeine Arbeitspflicht als einen ihrer Hauptgründe ausgeben?

Zweitens: Die Folge würde sein, daß die „wie die Pest Gemeinenden“ natürlich in eine Wut gegen die organisierte Arbeiterschaft hineingehet werden. So schafft man eine arbeitserfindliche Prätoriengarde.

Un drittens: Welch elende Spitzerei würde das ganze Leben der Arbeiterklasse versuchen, wenn jedem, der Arbeit sucht, erst nachgefordert werden soll, ob er nicht einmal Freiwilliger gewesen ist. Ist die Forderung eines Denunziantentums ein Ziel der wohlfahrt Revolutionären?

Sollen wir schließlich daran erinnern, daß unter den Allertadikalisten von heute weniger ist, der bei Kriegsausbruch lange, ehe er müde, freiwillig unter die Fahnen des kaiserlichen Deutschland geht, wie z. B. Herr Liebt, der Führer des „Internationalen Bundes der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen“?

Stuttgart, 25. April. Der achte deutsche Friedenskongress findet vom 18. bis 15. Juni in Berlin im Herrenhaus statt. Er geht aus von der Zentralstelle für Völkerverständnis und der Deutschen Friedensgesellschaft, welche die vorangegangenen Kongresse zu Friedenszeiten veranstaltet hat. Mit der Tagung wird die Generalversammlung der beiden Organisationen verbunden.

Noch zwei deutsche Mafeschriften.

„Die Mafeser“ — „Jugendmet“.

Im Mafeser muß der Herzschlag aller gegenwärtigen Kultur-bewegung zu hören sein. Wir sprechen schon von der Zeitschrift des Verlags der Buchhandlung Vorwärts, der Aufsätze von Kuttner, Stampler, Barth, Schlotzki, Lohmann über die Bedeutung des politisch Erziehen und des Fortschritts zum Sozialismus und des Bedrages geben. Jetzt legen Hans Oswald und Paul Bremer das jüngste Heft ihrer Zeitschrift „Das neue Reich“ als Heftblatt „Die Mafeser“ vor. Diese Arbeit wird zunächst durch ihre Bilder zu einer reinen Freude. Denn hier hat Hans Oswalds sozialer Künstlerinn eine seit dreißig Jahren immer unvorwiegend Aufgabe in einigiger Weise gelöst. Er ist darauf ausgegangen, die Mafestimmung rein naturalistisch aus professorischem Diktum herauszugewinnen. Das ist ihm voll gelungen. Er zeichnet ein Bild Mafeserensvorstadt, dann ein Drama von einem Arbeiter-schreier aus Mafeserung und Verkehrsleben in den langlichen Gassen, endlich das Niederbrennen einer Arbeiterfamilie auf schmerzüberlatterten Baubestand, hinter dem die Fabrikschlechte qualmen. Das alles ist als neu ausgesprochenes Wirklichkeitsbild gegeben, ganz ohne Allegorie und ohne alles Pathos. Nur die Sonne hat mit leichter Kraft geblüht, anzuspüren, was nun die drei Bilder sagen: ein festliches Ergehen der Seele des Arbeitervolkes, die ein frohdes, entlassenes Ausruhen feiern! „Du junges Fest der neuen Welt, denn in die Zukunft Licht und groß! Wir grüßen dich, wir feiern dich, wir ruhen beglückt in deinem Schoß.“ Man wird wohl in den drei Erträgen des allbekannten frischgedruckten Gedichtes „Weltmet“ von Karl Henckell den Quell sehen dürfen, aus dem Mafeser drei Reichungen entspringen, und hoffentlich gibt's einen Weg, diesen Bildern eine dauernde Lebensgemeinschaft mit dem deutschen Arbeiter zu verschaffen.

Wie nun aus der Mafeser ein wirkliches neues Volksfest, das all die überlebten, abgeborsten, verfallenen bürgerlichen Volksfeste ersetzen würde, herausgebildet werden könnte, das legt Hans Oswald in einem Aufsatz dar, der sehr beachtet werden möge. Franz Dielerich gibt Geschichtliches über die Entwicklung der Mafeser; er skizziert den langen Kampf, der um die Form der Feier geführt wurde. Edward Bernstein erörtert das Wesen von Mafeser und Mafeserentwicklung und spricht im Zusammenhang damit über die besondere Stellung des Proletariats zur nationalen Politik, die schon im kommunistischen Manifest als Wappenstein eines Bundes der Völker gekennzeichnet wurde. Solche Sätze legt dar, warum das Mafeser als „Tag der Frau“ bezeichnet werden kann. Bernhardses Song vom Bund der Völker ertönt. Worte großer Denker zur Mafeserentwicklung, schöne Sätze Einers über die Kulturfeste der Mafeser sind eingeschlossen und Armin Wegners Punktspruch in die Welt schließt das festliche Wort. Der Verlag Vorwärts (Stoll-Heinrichstr. 84) vertreibt es; es kostet 20 Pf.

Eine Mafeserzeitung für die arbeitende Jugend, die auch sehr erziehend wirkt, hat der Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin unter dem Titel „Jugendmet“ herausgegeben. Das Folien und

hoffung die einprägsamere bleibt. Im gongen sehe ich in der Zeit-schrift; hoch bleibt auch hier noch viel zu tun übrig. Die Inszenierung machte manches unmögliche Treffen und Begegnen glaubhaft, die Bilder hatten Stimmung und Farbe, in Gruppen und Tängen war Streift durch den (wenn auch nicht spanischen) Schwung erfasst. Strauß dirigierte mit einer Roblesse und einer Musikier-freude, die immer wieder empowirbelte.

Dennoch blieb die Festimmung aus. Zwar schuf Frau Kemp eine groß-imposante, ob und zu ins Heroinenhafte reichende Gesant-gestalt der Donna Anna. Aber schon die Elvira der bildschönen Pöhl von Graustell blieb im Ariendolken faden und konnte die dramatische Kapazität dieser hauptrollenführenden Rolle nicht zum Ausdruck bringen. Die reizende Arol rettete für ihren Teil das Beschwingen-Dütere und Graziöse des drama giocoso, und Sadias Mafeser beruhte, es ihr gleich zu tun. Aber dem Werk fehlte der Mittelpunkt. Herr Armster war in Tracht und Aussehen ein char-manter Liebhaber, aber sein Eifer und Nogen, sein Gang, seine Geste, seine Liebe und sein Lieb werden nicht durchstrahlt von Span-nischen Glutsonne. Das war ein Liebhaber wie viele, nicht die In-ternationale des Lebenstriebs, des überdäumenden Lebens selber; ein eleganter Ritter, kein Dämon, kein Kämpfer gegen Menschenschaf-fung, kein am Ort und Stod als Repertor; auch hier — bei aller In-tervention der Sprache und des Spiels — fast lustiger Mangel, im Aussehen mehr Wesentlich als Formeln. Die Treue schaute ihm nicht aus den Augen, die Verführerlichkeit lachte nicht aus seiner Kehle. So glitt an diesem Paar die ewige Lust und Heiligkeit des Mozartschen Geniums ab, und die Rosunen des letzten Verkehrs packen nicht mehr in ihrem auf-preisenden Kontrast zu dem vollgedeckten Kisse dieser von Seunen und Freude übertrunkenen Wesen. Knäpfer brachte für den Komitz seinen Vah zur pathetischen Handlung. Guth verfuhrte mit Glück, aus dem Octavio einen innerlich erlebten Menschen zu ge-fallen. Alles in allem: es war kein erhabenes Fest, aber es war dank Strauß und Kemp ein gewonnener Abend. Und wird An-regung sein, den Geist Mozarts fürwärtiger und unbotwahrer, lieg-haft und erleuchtender zu können. Wie sollten — denn wir können uns. Kurt Singer.

Noffen.

— Das Buch Marx über Marx, das vor Jahresfrist im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin, unter dem Titel „Karl Marx, sein Leben und seine Lehre“ erschien, liegt jetzt bereits in zweiter Auflage vor (ungebunden 3 M.). Es hat sich schnell den Ruf einer der besten kritischen Charakteristiken der Denkerleistung unseres großen Vorkämpfers erworben. Da jetzt insbesondere die Kapital über das Marx'sche System (vor allem die Aufsätze Marx über die tatsächlichen Kampfmittel der Kommunisten, die Revolution in Bezugsnahme zu erhalten und die proletarische Diktatur zu er-läutern) erweitert und teilweise noch neu gefassten wurden, auch (mit Verbesserungen) a. B. ein Nachwort der wichtigsten Marx-Literatur) hinzugefügt, so werden nicht nur Bibliotheken diese neue Auflage begehren müssen.

